



Berlin, 25. März 2022

Liebe Leserinnen und Leser,



in dieser Woche haben wir den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 sowie die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2023 und den Finanzplan bis 2026 beraten.

Die Aufstellung des Haushalts findet in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen statt: der Krieg in der Ukraine, die fortdauernde Pandemie und die gestiegenen Energiekosten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für Deutschland können wir zwar noch nicht im Einzelnen absehen. Der Unsicherheit tragen wir aber Rechnung, wir wollen daher all die Mittel bereitstellen, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Krieges abzumildern.

Wir werden aber auch unsere eigene Wehrhaftigkeit stärken. Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb des NATO-Bündnisses wahrnehmen können. Deshalb wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Wir verankern das Sondervermögen im Grundgesetz. Damit schaffen wir Planungssicherheit für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat:innen. Die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass die Investitionen im Verteidigungsbereich keine notwendigen und bereits vereinbarten Ausgaben im restlichen Haushalt gefährden.

Die aufgrund des Krieges in der Ukraine gestiegenen Kosten belasten die Menschen in unserem Land finanziell enorm. Mit unseren Koalitionspartnern haben wir uns daher auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Entlastung der Mitte der Gesellschaft verständigt. Wir unterstützen die Bürgerinnen und Bürger unbürokratisch und schnell bei der Bewältigung der gestiegenen Kosten insbesondere in den Bereichen Mobilität, Wärme und Ernährung. Lesen Sie dazu den ausführlichen Artikel im Newsletter.

Ihre

In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche.....	2
Zitat der Woche.....	2
Podcast der Fraktion	2
Entlastungspakete.....	3
Haushalt	6



Gerne war ich am Mittwochabend bei der Rudolf-Pichlmayr-Stiftung zu Gast. Sie betreibt auf einem ehemaligen Osttiroler Bergbauernhof seit 30 Jahren das europaweit einmalige Rehaszentrum Ederhof für Kinder, Jugendliche und ihre Familien vor und nach einer Organtransplantation. Ein tolles Projekt, das jetzt von 35 auf 70 Plätze erweitert wird. Die Finanzierung des Ausbaus soll auch mit Bundesmitteln unterstützt werden.



Fotos: Annika Ollrog/Rudolf-Pichlmayr-Stiftung



Foto: © Bayerische Vertretung/Henning Schacht

Am Donnerstagabend wurde in der Bayerischen Landesvertretung das Programm für den Kissinger Sommer, das in diesem Jahr unter dem Motto „Wien. Budapest. Prag. Bad Kissingen“ steht, vorgestellt. Mit dem neuen Intendanten Alexander Steinbeis ist den Verantwortlichen ein echter Glücksgriff gelungen. Ich freue mich schon darauf, im Sommer das eine oder andere Konzert live erleben zu können.

Bilder der Woche

2

Lage der Fraktion

- der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? Künftig werde ich den Podcast regelmäßig in meinem Newsletter mit aufnehmen.

WIE FRAUENFEINDLICH IST DER BUNDESTAG?



Verena Hubertz ist jung, neu im Bundestag und hat als Fraktionsvize bereits ein wichtiges Amt. Im Podcast erzählt sie, ob ihr das gegönnt wird, auf welche Hindernisse sie als Frau auf ihrem Weg gestoßen ist, und was sich jetzt endlich ändern muss.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!

Zitat der Woche

„Wir brauchen einen Staat, der für Sicherheit sorgt. Aber auch einen Staat, der in die Zukunft investiert. Das eine zu tun, ohne das andere zu lassen – das ist unser Anspruch.“



Bundestagarian Olaf Scholz in der Generaldebatte des Bundestags zu den Haushaltsberatungen am 23. März.

Foto: DDF/Photo: Xander Heil



Entlastungspakete

Entlastungspakete der Ampel-Koalition

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürger:innen zu einer großen Belastung geworden.

Manche der Kosten sind unmittelbar spürbar, wie zum Beispiel der Benzinpreis. Andere werden sich durch höhere monatliche Vorauszahlungen oder Nachzahlungen erst verzögert im Geldbeutel bemerkbar machen. Auch besonders betroffene Unternehmen kommen zunehmend in Schwierigkeiten.

Es ist klar, dass die Bundesrepublik durch Diversifizierung und Verbrauchsreduktion schnellstens unabhängig von russischen Energieimporten werden muss. Gleichzeitig bedarf es weiterer Entlastungen für die Bürger:innen. Um die besonders betroffenen Unternehmen zu unterstützen, werden wir nach Abschluss der Beratungen der Europäischen Kommission zum „Temporary Framework“ im Beihilferecht mit zinsgünstigen Krediten rasch und unbürokratisch die notwendige Liquidität zur Verfügung zu stellen und über weitere Maßnahmen beraten.

Die vereinbarten Entlastungsmaßnahmen beider Pakete werden Arbeitnehmer:innen, Familien, Studierende sowie Unternehmen entlasten. Auch Rentner:innen profitieren vom Wegfall der EEG-Umlage, von der abgesenkten Energiesteuer auf Kraftstoffe, von der ÖPNV-Aktion und – wenn sie Leistungsbezieher:innen sind - von den Einmalzahlungen und dem Heizkostenzuschuss beim

Wohngeld (46 Prozent der Wohngeldbezieher:innen sind Rentner:innen). Hinzu kommt die Rentenerhöhung für alle 22 Millionen Rentner:innen (5,3 Prozent in Westdeutschland und 6,1 Prozent in Ostdeutschland) am 1. Juli 2022.

Maßnahmen des ersten Entlastungspaketes vom 23. Februar 2022

- **Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli:** Dadurch spart ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 6.000 Kilowattstunden 133 Euro.
- **Erhöhung der Fernpendlerpauschale** rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer. Zudem können höhere Werbungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
- **Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger:innen, Azubis und Studierende:** Der Zuschuss wird automatisch ohne Antragstellung ausbezahlt und beträgt für eine Person 270 Euro; bei zwei Personen 350 Euro und bei jeder weiteren Person je 70 Euro. Studierende und Azubis erhalten einmalig 230 Euro.
- **Einmalzahlung von 100 Euro für Bedürftige:** Davon profitieren vor allem Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen.
- **Sofortzuschlag von 20 Euro pro Monat für von Armut betroffene Kinder:** Bis zur Einführung der Kindergrundsicherung helfen wir damit denjenigen Kindern, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.



- **Höherer Grundfreibetrag:** Der steuerfreie Anteil des Einkommens steigt von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro.
- **Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags** um 200 Euro auf 1200 Euro. Der erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.
- **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro:** Damit erhöhen wir das Nettoeinkommen für viele Arbeitnehmer:innen in Deutschland.
- **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes:** Wir verlängern die Sonderregelungen bis zum 30. Juni 2022 und unterstützen damit Beschäftigte und Unternehmen in der Pandemie.
- **Steuerliche Erleichterungen:** Wir entlasten weiterhin die Wirtschaft in der Pandemie und haben das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen:
 - Erweiterte Verlustverrechnung
 - Verlängerung degressive Abschreibung um ein Jahr
 - Verlängerung der Home-Office-Pauschale um ein Jahr
 - Steuerbefreiung Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld
 - Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus

Maßnahmen des zweiten Entlastungspaketes vom 24. März 2022

- **Energiepreispauschale von 300 Euro** für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbständige. Zudem unterliegt die Pauschale der Einkommenssteuer, so dass sie umso geringer ausfällt, je höher der Steuersatz ist.
- **Einmalbonus von 100 Euro für jedes Kind:** Damit federn wir besondere Härten für Familien ab. Der Bonus wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet.
- **Einmalzahlung von 100 Euro für Empfänger:innen von Sozialleistungen:** Die Zahlung gilt zusätzlich zu der bereits im Februar beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro.
- **Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe:** 3 Monate lang 30 Cent weniger für Benzin und 14 Cent weniger für Diesel (europäisches Mindestmaß) .
- **ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat:** Sie gilt 90 Tage lang für alle Bürger:innen.



Stabile Energieversorgung durch Diversifizierung unserer Energiequellen

- **Ausbau der Erneuerbaren Energien:** Die Bundesregierung wird noch in 2022 die dafür notwendigen Gesetze auf den Weg bringen, um vor allem Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen.
- **Bereitstellung von Gas:** Wir werden die Beschaffung und den Import von Flüssiggas (LNG) beschleunigen. Dazu wird die Bundesregierung zeitnah den Bau von Flüssiggas-Terminals unterstützen. Wichtig ist, dass diese auch H2-ready, also nutzbar für Wasserstoff sind. Zudem haben wir bereits ein Gesetz auf den Weg gebracht, der die Betreiber von Gasspeichern zu Mindestfüllständen verpflichtet.
- **Förderung von Wasserstoff:** Wir beschleunigen den Hochlauf unserer Wasserstoffwirtschaft und bauen unsere internationalen Lieferpartnerschaften aus. Dazu werden wir auch verstärkt klimaneutralen Wasserstoff importieren.

Stärkung des Ordnungsrahmens

- **Entlastungen für Verbraucher:innen gewährleisten:** Wir werden alle Möglichkeiten prüfen, durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Absenkung der Energiesteuern und sinkende Rohstoffpreise auch wirklich an die Kund:innen weitergegeben werden.

- **Stärkung der Marktaufsicht und -regulierung:** Wir wollen – auch mit unseren europäischen Partnern – an Lösungen arbeiten, um künftigen Fehlentwicklungen auf den Rohstoffmärkten besser begegnen zu können.

Verringerung des Energieverbrauchs

- **Förderung von energieeffizienten Gebäuden:** Wir reformieren das Gebäudeenergiegesetz und legen im Neubau ab 1. Januar 2023 den Effizienzstandard 55 fest. Zudem soll ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Für Immobilieneigentümer:innen werden wir den Austausch von über 20 Jahre alten Heizungsanlagen erleichtern.
- **Stärkung der Fernwärme:** Wir werden eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen und als zentrales Koordinierungsinstrument für lokale, effiziente Wärmenutzung verankern. Wir wollen bei der Fernwärme für 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutraler Wärme erreichen. Dazu werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Abwärme schnell und unkompliziert in die Fernwärme integriert werden kann.



Haushalt

Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen

Die Ampel-Koalition will durch Investitionen in Erneuerbare Energien auch neue Arbeitsplätze schaffen. Infolge des Angriffs auf die Ukraine sollen die Bundeswehr gestärkt und Energiepreise abgefedert werden.

In dieser Woche hat die Bundesregierung den Haushalt zur ersten Beratung eingebracht. Damit sollen die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen gemacht werden, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. Vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll gestärkt werden, innovative Technologien wie Wasserstoff gefördert werden. Dazu werden im **Klima- und Transformationsfonds** (KTF) zwischen 2022 und 2026 mehr als 200 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig muss sich die Ampel-Koalition den immensen aktuellen Herausforderungen stellen: dem Krieg in der Ukraine, der fortdauernden Pandemie und den gestiegenen Energiekosten. Mit einem **Ergänzungshaushalt** sollen die Mittel bereitgestellt werden, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen. Die aktuell veranschlagte Nettokreditaufnahme von 99,7 Milliarden Euro werde daher sicherlich noch angepasst werden müssen, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Dennis Rohde.

„Diese Herausforderungen dürfen nicht an der Haushaltspolitik vorbeigehen“, so Rohde.

Die SPD-Bundestagsfraktion verfolge deshalb ein klares Ziel in den Haushaltsberatungen. „Mit diesem Haushalt geben wir Sicherheit im Wandel“.

Diese Sicherheit sei nur durch mutige Investitionen zu erreichen. „Wir werden uns vor äußeren Bedrohungen schützen und zugleich sicherstellen, dass auch innerhalb unseres Landes niemand Angst vor Verbrechen oder auch vor Armut haben muss. Wir stärken deshalb sowohl die äußere und innere als auch die soziale Sicherheit“, sagte Rohde.

Die Ampel-Koalition investiere zudem in den Klimaschutz und gute Arbeitsplätze und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, und treibe die Energieunabhängigkeit von Russland und die Digitalisierung weiter mit voller Kraft voran.

Um die eigene **Wehrhaftigkeit** zu stärken und die Streitkräfte so auszurüsten, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb des NATO-Bündnisses wahrnehmen können, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Dieses Sondervermögen wird im Grundgesetz verankert. Damit wird Planungssicherheit für die bestmögliche Ausrüstung der Soldat:innen geschaffen. Zugleich wird so sichergestellt, dass die Investitionen im Verteidigungsbereich keine notwendigen und bereits vereinbarten Ausgaben im restlichen Haushalt gefährden.

Klimaschutz gelingt nur durch **nachhaltige Mobilität**. Deshalb steigen auch die Verkehrsinvestitionen – auf rund 20,5 Milliarden Euro bis 2026. Mit dem Geld wird vor allem der Schienenverkehr gestärkt und Verkehrswege saniert.



Durch umfangreiche Investitionen in die **Forschung** soll eine sozial gerechte und innovative Zukunft gesichert werden. Mit der Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) soll die regionale Innovationsförderung gestärkt werden und dazu beitragen, dass Ideen aus der Wissenschaft künftig schneller in die Praxis umgesetzt werden.

Für die **Abfederung der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie** stellt der Bund erhebliche Mittel bereit. Um beispielsweise Bürgertests, Arzneimittel und Schutzmasken zu finanzieren, stehen für den Gesundheitsfonds 21,7 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung – neben dem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 14,5 Milliarden Euro. Zudem werden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert und so die Versicherten entlastet.

Das **Kurzarbeitergeld** wird bis zum Sommer verlängert – es hat Millionen von Arbeitsplätzen in der Pandemie gesichert. Die Bundesagentur für Arbeit erhält ein Darlehen, um ihr pandemiebedingtes Defizit auszugleichen. Mit einer Corona-Einmalzahlung, der Verlängerung des vereinfachten Zugangs in die Grundsicherung sowie mit dem Sanktionsmoratorium geht die Koalition erste Schritte in Richtung Bürgergeld.

Das **Kinderkrankengeld** wird verlängert, damit werden berufstätige Eltern und besonders Alleinerziehende in der Pandemie unterstützt. Und der Weg zur Kindergrundsicherung wird mit dem Kindersofortzuschlag geebnet. Damit werden rund drei Millionen armutsgefährdete Kinder und Jugendliche erreicht.

Zudem wird das **BaföG** gestärkt, damit künftig wieder mehr Menschen durch Bildung aufsteigen können. Die Mittel hierfür steigen auf 2,3 Milliarden Euro.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, jedes Jahr bis zu **100.000 öffentlich geförderte Wohnungen** zu bauen – und damit wird jetzt begonnen. In den kommenden Jahren werden insgesamt 14,5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Das sind 8,5 Milliarden Euro mehr als im 1. Regierungsentwurf der Vorgängerregierung für 2022 eingeplant waren.

Die SPD-Fraktion steht für einen breiten Ansatz in der Sicherheitspolitik, der auch Diplomatie und **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** umfasst. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider. Der Etat des Auswärtigen Amtes wird aufgestockt: Zwei Milliarden Euro sind für humanitäre Hilfe vorgesehen sowie 485 Millionen Euro für Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und Klima- und Sicherheitspolitik.

Für 2022 wird Deutschland zudem den Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttoinlandsprodukt (die so genannte ODA-Quote) bei 0,7 Prozent stabilisieren.

17,5 Millionen Euro zusätzlich werden in die Stärkung der Ansätze **zur Extremismus-Prävention**, zur Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland und für die Belange von Minderheiten gesteckt. Zudem werden weitere Mittel zur Ausfinanzierung des Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bereit gestellt. Das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ wird um weitere 15 Millionen Euro auf insgesamt 165,5 Millionen Euro aufgestockt.